

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Drucksachen 10/4600, 10/4826 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Berichterstatter Abgeordneter Bräuer SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem 40. Landesjugendplan - wird mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen:

Bericht

MMV 10 / 2415

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 6. September 1989, 4. und 25. Oktober 1989 und 8. November 1989 den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 40. Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	10/2326
des Landes Nordrhein-Westfalen	10/2334

Als Zuschriften sind eingegangen:

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien	10/2973
Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen	10/3036

Deutsche Beamtenbund-Akademie, Bonn	10/3015
-------------------------------------	---------

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 8. November 1989 über Anträge und über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 und den 40. Landesjugendplan - ab.

Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 8. November 1989 über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und CDU sowie über den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 40. Landesjugendplan - ab.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

MMV10 / 2415

I. Sachhaushalt

Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titel 526 20 - Maßnahmen zur Durchführung des
Jugendarbeitsschutzes

den Ansatz von 6 000 000 DM um 50 000 DM auf 5 950 000 DM zu kürzen.

1 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

in den Erläuterungen zu Unterteil 1 den Ansatz von 5 900 000 DM um 50 000 DM auf 5 850 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die Zahl der unter 18 Jahren in das Berufsleben eintretenden Jugendlichen, die nach § 44 des Jugendarbeitsschutzgesetzes der ärztlichen Untersuchung bedürfen, sei rückläufig.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

2. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen
Titel 684 30 - Zuschuß an die Technologiebera-
tungsstelle beim Deutschen Gewerk-
schaftsbund - Landesbezirk Nord-
rhein-Westfalen - e.V., Oberhausen

den Ansatz von 3 700 000 DM um 300 000 DM auf 3 400 000 DM zu kürzen.

2 a. Die Fraktion der CDU beantragte ferner,

einen neuen
Titel 684 31 - Förderung von Technologieberater-
stellen

mit einem Ansatz von 300 000 DM auszubringen.

2 b. Die Fraktion der CDU beantragte schließlich,

in den Erläuterungen einen Unterteil 1 - Deutscher Gewerkschaftsbund - (3,4 Mio DM) und einen Unterteil 2 - Deutscher Beamtenbund - (300 000 DM) auszubringen.

Begründung

Der Grundsatz der Pluralität von Gewerkschaften bei der Förderung von Technologieberatungsstellen sei anzuerkennen.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020	- Allgemeine Bewilligungen
eine neue	
<u>Titelgruppe 68</u>	- Förderung der ehrenamtlichen sozialen Arbeit

mit einem Ansatz von 7 000 000 DM auszubringen.

3 a. Die Fraktion der CDU beantragte ferner,

in den Erläuterungen folgende Unterteile auszubringen:

- | | |
|---|---------------|
| 1. Zuweisung für die Fortbildung von Fachkräften aller Zweige der sozialen Arbeit, auch für ehrenamtliche Mitarbeiter | 2 200 000 DM |
| 2. Informations- und Werbekampagne für ehrenamtliches soziales Engagement | 2 000 000 DM |
| 3. Förderung von Modellprojekten ehrenamtlicher sozialer Arbeit | 2 800 000 DM. |

BegründungZu Unterteil 1

Die Fort- und Ausbildungsangebote müßten erweitert werden.

Zu Unterteil 2

Die in der Bevölkerung vorhandene Hilfsbereitschaft müsse mobilisiert und aktiviert werden.

Zu Unterteil 3

Neue Wege in der Sozialpolitik müßten erprobt werden.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

4. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen
Titel 381 10 - Erstattungen von Kapitel 14 020
 Titel 981 61 (Verwendung der Spielbankabgabe der Spielbanken Aachen und Bad Oeynhausen)

in den Erläuterungen die Zahl "5,6" in die Zahl "10" abzuändern.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen
Titel 531 00 - Kosten für die Herausgabe des 2. Landesaltenplanes

den Ansatz von 0 DM um 50 000 DM auf 50 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Der Landesaltenplan wurde nicht, wie beabsichtigt, im Jahre 1989 herausgegeben. Er soll 1990 verabschiedet werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen
Titel 684 11 - Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengesetzten Organisationen

den Ansatz von 26 600 000 DM um 800 000 DM auf 25 800 000 DM zu kürzen.

- 6 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

die Verpflichtungsermächtigung von 8 800 000 DM um 260 000 DM auf 8 540 000 DM zu kürzen.

Begründung

Durch die Absenkung des Ansatzes blieben insgesamt die Fördermittel den Wohlfahrtsverbänden im Hinblick auf den neu zu schaffenden Fördertitel "Beratung und Unterstützung von Initiativ- und Selbsthilfegruppen durch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege" erhalten.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

7. Die Fraktionen der SPD und CDU beantragten, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und Soziale Hilfen
<u>Titel 684 19</u>	- Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrts- pflege"

den Ansatz von 41 025 000 DM um 4 400 000 DM auf 45 425 000 DM zu erhöhen.

Begründung

a) SPD:

Entsprechend der Änderung der Erläuterung zum Einnahmetitel 381 10 sei der Ansatz zu erhöhen.

b) CDU:

Rücknahme der erneuten Verschlechterung des Zuteilungsschlüssels für die "Stiftung Wohlfahrtspflege".

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und Soziale Hilfen
einen neuen <u>Titel 684 30</u>	- Zuschuß an das Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund

mit einem Ansatz von 200 000 DM und einer Verpflichtungsermächtigung von 200 000 DM auszubringen.

Begründung

Unter Nutzung der an der Fachhochschule und Universität Dortmund vorhandenen personellen Kapazitäten solle in Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund und den Trägern der Wohlfahrtspflege das Institut geschaffen werden. Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen stelle für das Jahr 1991 die Hochschullehrerstellen zur Verfügung, die Stadt Dortmund stelle das Gebäude. Die personelle Grundausstattung sei vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zu finanzieren. Wegen des notwendigen Vorlaufs im Wissenschaftsbereich müsse die Gründung des Instituts bereits im Jahre 1990 erfolgen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

9. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Sozialen Hilfen

einen neuen
Titel 684 40 - Zuschüsse für die Beratung und
Unterstützung von Initiativ- und
Selbsthilfegruppen durch die Ver-
bände der Freien Wohlfahrtspflege

mit einem Ansatz von 800 000 DM und einer Verpflichtungs-
ermächtigung von 260 000 DM auszubringen.

Begründung

Die Beratung und sachkundige Unterstützung von Initiativ-
gruppen und Selbsthilfeorganisationen habe in der Freien
Wohlfahrtspflege in den letzten Jahren derartig an
Gewicht zugenommen, daß hierfür ein eigener Titel mit
einem neuen, problemorientierten Verteilungsansatz
erforderlich sei.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ange-
nommen.

10. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen

einen neuen
Titel 684 50 - Zuschüsse zur Fortbildung von
Fachkräften in der Altenpflege

mit einem Ansatz von 450 000 DM und einer Verpflichtungs-
ermächtigung von 200 000 DM auszubringen.

Begründung

Die Diskussion um den Pflegenotstand habe einen besonde-
ren Fortbildungsbedarf deutlich gemacht, dem durch den
neuen Ansatz Rechnung getragen werden müsse.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P.
angenommen.

11. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen
Titelgruppe 61 - Zuweisungen und Zuschüsse zur
Förderung von Sozialstationen
Titel 684 61 - Sozialstationen in freier gemein-
nütziger Trägerschaft

den Ansatz von 29 500 000 DM um 10 000 000 DM auf
39 500 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Der Personalschlüssel sei auf 1 : 3 500 zu verbessern.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

12. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und Soziale Hilfen

Titelgruppe 62

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung der Ausbildung in staatlich anerkannten Fachseminaren für Altenpflege und für Familienpflege

Titel 684 62

- Fachseminare in freier gemeinnütziger Trägerschaft

den Ansatz von 20 100 000 DM um 10 000 000 DM auf 30 100 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Mit diesem Mehrbetrag solle die Einführung einer Ausbildungsvergütung ab dem neuen Ausbildungsjahr gewährleistet werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

13. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und Soziale Hilfen

eine neue

Titelgruppe 63

- Übernahme von freiwilligen Rentenbeitragszahlungen für Pflegende von Schwerstpflegebedürftigen

mit einem Ansatz von 20 000 000 DM auszubringen.

Begründung

Rentenbeitragszahlungen für pflegende Personen, die wegen der Pflege eines Schwerstpflegebedürftigen auf Erwerbstätigkeit verzichten müssen, sollten übernommen werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

14. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen
Titelgruppe 90 - Förderung von Einrichtungen der
Altenhilfe
Titel 863 90 - Darlehen an freie gemeinnützige
Träger für Baumaßnahmen von Ein-
richtungen der Altenhilfe und zum
Erwerb solcher Einrichtungen in
besonderen Fällen

den Ansatz von 36 500 000 DM um 40 000 000 DM auf
76 500 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung von
55 900 000 DM um 40 000 000 DM auf 95 900 000 DM zu
erhöhen.

Begründung

Es bestehe ein dringender Mehrbedarf zur Schaffung
zusätzlicher Altenheimplätze, wofür zusätzlich
20 000 000 DM Ansatz und 20 000 000 DM Verpflichtungser-
mächtigung erforderlich seien.
Zur Finanzierung eines Sonderprogramms zur Schaffung von
2 000 Tagespflege- und Kurzzeitpflegeplätzen seien ein
zusätzlicher Ansatz von 20 000 000 DM und eine zusätzli-
che Verpflichtungsermächtigung von 20 000 000 DM erfor-
derlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abge-
lehnt.

15. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- Kapitel 07 060 - Landesmaßnahmen für Vertriebene,
Deutsche aus der DDR, Heimkehrer
sowie heimatlose Ausländer und
ausländische Flüchtlinge
Titel 643 10 - Kostenerstattung an die Träger der
Sozialhilfe gemäß § 6 Abs. 4 des
Flüchtlingsaufnahmegesetzes

den Ansatz von 550 000 000 DM um 100 000 000 DM auf
450 000 000 DM zu kürzen.

Begründung

Durch Ausschöpfung der verfahrensmäßigen und gesetzlichen
Möglichkeiten bei der Anerkennung von Asylbewerbern und
der Duldung von de facto-Flüchtlingen sei ein geringerer
Bedarf bei diesem Titel zu erwarten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abge-
lehnt.

16. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 11

- Zuschüsse zur Durchführung der sozialen Betreuung der Vertriebenen und Deutschen aus der DDR

den Ansatz von 1 750 000 DM um 650 000 DM auf 2 400 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung sei wegen des dringenden Bedarfs erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

17. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 13

- Zuschüsse zu Verwaltungskosten der auf Landesebene tätigen Vereinigungen der Vertriebenen und Flüchtlinge (ohne Patenlandmannschaften) sowie der Vereinigungen der Kriegssachgeschädigten

den Ansatz von 175 000 DM um 50 000 DM auf 225 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung sei zur Abdeckung des dringenden Bedarfs geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

18. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 15

- Zuschüsse für das "Haus des Deutschen Ostens"

den Ansatz von 1 377 000 DM um 200 000 DM auf 1 577 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung sei zur Abgeltung von Kostensteigerungen erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

19. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 15

- Zuschüsse für das "Haus des Deutschen Ostens"

den Ansatz von 1 377 000 DM um 90 000 DM auf 1 467 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 420 000 DM um 20 000 DM auf 440 000 DM zu erhöhen.

- 19 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

in den Erläuterungen zur Stellenübersicht bei der institutionellen Förderung eine Stelle BAT III/IVa (kw zum 01.01.1994) und eine Stelle zusätzlich BAT VIb/VII (kw zum 01.08.1990) auszubringen.

Begründung

Durch den Zustrom der Aus- und Übersiedler entstehe auch im "Haus des Deutschen Ostens" ein vermehrter Arbeitsanfall. Dem solle durch die befristete Beschäftigung eines Direktionsassistenten (bis zum 01.08.1990) und eines Sachbearbeiters für die Aussiedlerbetreuung im Bildungs- und Kulturbereich (bis 01.01.1994) Rechnung getragen werden.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

20. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 64

- Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS)

Titel 684 64

- Zuschüsse an freie Träger

den Ansatz von 6 010 000 DM um 500 000 DM auf 6 510 000 DM zu erhöhen.

- 20 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

die Erläuterungen um die Ziffer 7 "Youthworker-Programm" mit einem Betrag von 500 000 DM zu erweitern.

Begründung

Durch das Auslaufen der Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müsse das "Youthworker-Programm" mit Landes- und Gemeindemitteln weitergeführt werden. Da in vielen Fällen eine gemeindliche Beteiligung nicht schnell zu erreichen sei, müsse der Landeszuschuß zunächst 50 000 DM pro Jahr und Kraft betragen. Hierzu seien die beantragten zusätzlichen Mittel erforderlich.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

21. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 71

- Bekämpfung der Suchtgefahren

Titel 684 71

- Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

den Ansatz von 11 620 000 DM um 11 620 000 DM auf 23 240 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Es bestehe ein dringender Mehrbedarf zur Verstärkung des Drogenbekämpfungsprogramms.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

22. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 080 - Maßnahmen für das Gesundheitswesen
Titel 531 71 - Öffentlichkeitsarbeit

den Ansatz von 50 000 DM um 1 500 000 DM auf
 1 550 000 DM zu erhöhen und eine Verpflichtungsermächtigung
 von 1 000 000 DM auszubringen.

22 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

in Ziffer 6 der Erläuterungen das Wort "Niedrigschwelligkeitszentren" zu ersetzen durch "Niedrigschwellige Angebote" und
 in Ziffer 8 der Erläuterungen Spalte "Titel 531 71" die Zahl "50" durch "1 550" zu ersetzen.

Begründung

Eine öffentlich wirksame Drogenkampagne solle nach dem Vorbild der AIDS-Aufklärung durchgeführt werden.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

23. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 080 - Maßnahmen für das Gesundheitswesen
Titelgruppe 73 - Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst an Gemeinden (GV)
Titel 653 73 - Betriebskosten für Einrichtungen des Rettungsdienstes

den Ansatz von 10 620 000 DM um 450 000 DM auf
 10 170 000 DM zu kürzen.

Begründung

Durch die Kürzung werde der Gesamtansatz der Titelgruppe auf den Umfang des Jahres 1989 zurückgeführt, und zwar bei gleichzeitiger Verlagerung von Fördermitteln von den Betriebskosten zu den Investitionen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

24. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 310 - Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf
Titel 681 00 - Unfallentschädigung

den Ansatz von 36 000 000 DM um 200 000 DM auf
 35 800 000 DM zu kürzen.

Begründung

Der für das Jahr 1990 angenommene Ausgabenzuwachs trete aufgrund der Ausgabenentwicklung im Jahre 1989 nicht in vollem Umfange ein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

25. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 430

- Staatsbad Oeynhausen

Titel 684 00

- Zuschuß zu den Betriebskosten der Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen GmbH (Herzzentrum NW)

die Erläuterungen wie folgt neu zu fassen:

"Vorgesehen ist die Übernahme der von den Pflegesätzen nicht gedeckten Personal- und Sachkosten im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen GmbH."

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

II. Personalhaushalt

1. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 120

- Institut "Arbeit und Technik"

Titel 425 10

- Bezüge der Angestellten

den Kw-Vermerk zum 31.12.1991 zu streichen.

- 1 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner, bei

Kapitel 07 120

- Institut "Arbeit und Technik"

Titel 426 10

- Bezüge der Arbeiter

den Kw-Vermerk zum 31.12.1991 zu streichen.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

2. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 230

- Landesversicherungsamt NW in Essen

Titel 422 10

- Bezüge der Beamten (und Richter)

die Stelle der BesGr B 3 zu sperren.

2 a. Die Fraktion der CDU beantragte ferner, bei

<u>Kapitel 07 230</u>	- Landesversicherungssamt NW in Essen
<u>Titelgruppe 60</u>	- Prüfdienst für die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der Krankenkassen und Krankenkassenver- bände
<u>Titel 422 60</u>	- Bezüge der Beamten (und Richter)

eine Stelle der BesGr A 16 und zwei Stellen der BesGr A 14 zu sperren.

Begründung

Es sollte die Möglichkeit geprüft werden, Planstellen aus Kapitel 07 010 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales - umzusetzen.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 330</u>	- Dienststellen der Kriegsofopferver- sorgung
<u>Titelgruppe 60</u>	- Zur Deckung eines besonderen Ver- waltungsbedarfs
<u>Titel 425 60</u>	- Personalausgaben

12 Kw-Vermerke auszubringen, und zwar 6 bei BAT VIb/VII und 6 bei BAT VII/VIII.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

4. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 510</u>	- Landesstelle für Aussiedler, Zuwan- derer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen
<u>Titel 425 10</u>	- Bezüge der Angestellten

bei Dienstart 01 (Sachbearbeiter) für 5 Stellen BAT IVb den Kw-Vermerk "31.12.1991" und bei Dienstart 02 (Büro-, Registratur- und Kassendienst) für 4 Stellen BAT VII/VIII den Kw-Vermerk "31.12.1991" zu ersetzen durch "kw 31.12.1992".

Begründung

Die im September 1989 verabschiedete Verordnung zur Lenkung der Aus- und Übersiedler erfordere bei der Landesstelle einen zusätzlichen Personalaufwand. Da diese Verordnung erst im Jahre 1992 außer Kraft trete, müßten die Kw-Vermerke auf den 31.12.1992 befristet werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Sprecherin der Fraktion der F.D.P. erklärte, ihre Fraktion habe keine Änderungsanträge zum Einzelplan 07 gestellt, weil die Fraktion der F.D.P. den Haushaltsplan 1990 insgesamt für ungeeignet halte, um die notwendigen Zukunftsausgaben des Landes auch finanziell abzusichern. Dies ließe sich auch im Einzelplan 07 an einigen Stellen nachweisen.

Außerdem erklärte die Sprecherin der Fraktion der F.D.P., daß sie die Anträge der Fraktion der CDU grundsätzlich begrüße. Soweit sie sie abgelehnt habe, sei das auf die nach ihrer Ansicht fragwürdige Finanzierung zurückzuführen.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. an.

Bräuer
Vorsitzender

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

B/1
Vorlage an den Haushalts-
und Finanzausschuß des Landtags

- Anlage zu den
Vorlagen 10/2415
und 10/2416

MM V10 /2415

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1990
Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

MMV10/2415

B/1

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
07 020 526 20	<u>Hinweis zu den einzelnen Titeln:</u> Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern. <u>Allgemeine Bewilligungen</u> Maßnahmen zur Durchführung des Jugendarbeitschutzgesetzes	6.000.000	- 50.000	5.950.000
07 040 381 10	<u>Änderung der Erläuterungen</u> UT.1 Ärztliche Untersuchungen nach § 44 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12.04.1976 (BGBl. I S. 965) 5.900.000 - 50.000 = <u>5.850.000</u> <u>Altenhilfe und soziale Hilfen</u> Erstattungen von Kapitel 14 020 Titel 981 61 (Verwendung der Spielbankabgabe der Spielbanken Aachen und Bad Oeynhausen)	35.100.000	--	35.100.000
531 00	<u>Änderung der Erläuterungen</u> In Satz 2 der Erläuterungen wird die Zahl "5,6" durch die Zahl "10" ersetzt. Kosten für die Herausgabe des 2. Landesalteneplanes	--	+ 50.000	50.000

MM-V 10 / 2415

B/3

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 040) 684 11	Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlössenen Organisationen <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 8.800.000 - 260.000 = <u>8.540.000</u>	26.600.000	- 800.000	25.800.000
684 19	Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege" (Haushaltsvermerk unverändert)	41.025.000	+ 4.400.000	45.425.000
684 30 (neu)	Zuschuß an das Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 0 + 200.000 = <u>200.000</u>	--	+ 200.000	200.000
684 40 (neu)	Zuschüsse für die Beratung und Unterstützung von Initiativ- und Selbsthilfegruppen durch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 0 + 260.000 = <u>260.000</u>	--	+ 800.000	800.000
684 50 (neu)	Zuschüsse zur Fortbildung von Fachkräften in der Altenpflege <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 0 + 200.000 = <u>200.000</u>	--	+ 450.000	450.000

3

B/4

MMV 10 / 2415

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
07 050	<u>Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen</u>			
TGr 60	Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe (Haushaltsvermerk unverändert)			
684 60	Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege (Haushaltsvermerk unverändert)	38.775.000	+ 1.450.000	40.225.000
<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 20.710.000 + 500.000 = <u>21.210.000</u>				
<u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 1:</u> Personalkostenzuschüsse an Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen und die Arbeitsgemeinschaft der Erziehungsberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen (für die Arbeitsgemeinschaft auch die Betriebskostenzuschüsse) 25.362.000 + 200.000 = <u>25.562.000</u>				
<u>UT 2:</u> Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung 7.593.000 + 1.250.000 = <u>8.843.000</u>				

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) 893 60	Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zur Errichtung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung von Einrichtungen (Haushaltsvermerk und Verpflichtungsermächtigung unverändert) <u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 6: Förderung von Investition</u> a: Familienbildungsstätten 1.400.000 - 300.000 = <u>1.100.000</u> b: Erziehungsberatungsstellen 700.000 - 200.000 = <u>500.000</u>	3.100.000	- 500.000	2.600.000
TGr 61	Landesjugendplan (Haushaltsvermerk unverändert)			
684 61	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe (Haushaltsvermerk unverändert) <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 46.330.000 + 170.000 = <u>46.500.000</u> <u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 3: Förderung von Bildungsmaßnahmen sonstiger Träger der freien Jugendhilfe sowie des Betriebs von Jugendkunstschulen (LJP I/3a, b, c, d)</u> 2.684.000 + 30.000 = <u>2.678.000</u>	138.495.000	+ 965.000	139.460.000

5

B/C

MMV10 / 2415

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) (684 61)	<p><u>UT 7:</u> Förderung internationaler Jugendbegegnungen im Rahmen der Jugendarbeit (LJP I/10 a) 575.000 + 425.000 = <u>1.000.000</u></p> <p><u>UT 9:</u> Förderung besonderer Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens (LJP I/12 a und b) 1.100.000 + 500.000 = <u>1.600.000</u></p> <p><u>UT 30:</u> Förderung der Planungs- und Leitungsaufgaben der Arbeitsgemeinschaften für die jugendpflegerische Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender (LJP VI/6) 63.000 + 10.000 = <u>73.000</u></p>			
893 61	<p><u>Zu Unterteil 7:</u> Der Mehrbetrag dient der Förderung des deutsch-polnischen Jugendaustausches</p> <p>Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe zur Errichtung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit (Haushaltsvermerk und Verpflichtungsermächtigung unverändert)</p>	7.770.000	+ 500.000	8.270.000

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) (893 61)	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 22: Jugendherbergen (LJP V/6)</u> <u>2.150.000 + 500.000 = 2.650.000</u>			
TGr 64	Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes (Haushaltsvermerke unverändert)			
653 64	Zuweisungen an Gemeinden	810.000	+ 22.500	832.500
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> 2. Bei Einrichtungen ohne Internatsbetrieb durchgeführte Unterrichtsstunden nach § 24 Abs. 4 WbG (15.000 Unterrichtsstunden je 22,50 DM) <u>315.000 DM + 22.500 DM = 337.500 DM</u>			
684 64	Zuschüsse an freie Träger	31.368.100	+ 1.183.700	32.551.800
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> - für die Teilnehmerkosten gem. § 26 WbG <u>3,00 DM.</u>			

MM V 10 / 24 15

B/P

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050)	2. Bei Einrichtungen ohne Internatsbetrieb durchgeführte Unterrichtsstunden nach § 24 Abs. 4 WbG (629.118 Unterrichtsstunden je 22.50 DM). 13.211.478 DM + 943.677 DM = <u>14.155.155 DM</u> 7. <u>Teilnehmerkosten gem. § 26 WbG</u> <u>240.000 DM</u>			
TGr 66	(Die Änderungen der TGr 64 setzen einen entsprechenden Beschluß des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zu § 10 Abs. 1 HG 1990 voraus.) Veranstaltungen, Untersuchungen und Informationsmaßnahmen auf den Gebieten der Jugend- und Familienhilfe sowie des sozialen Ausbildungswesens (Haushaltsvermerke unverändert)			
526 66	Kosten für Sachverständige und Untersuchungen vorhaben	100.000	+	345.000 445.000

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

MMV 10 / 2415

8/9

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) 684 66	Zuschüsse an freie Träger <u>Der Sperrvermerk ist zu streichen.</u>	361.000	- 345.000	16.000
TGr 70	Förderung von Einrichtungen der erzieherischen Jugendhilfe (Haushaltsvermerke unverändert)			
863 70	Darlehen für Baumaßnahmen und für den Erwerb an Träger der freien Jugendhilfe	2.300.000	- 300.000	2.000.000
893 70	Zuschüsse für die Ausstattung der bei Titel 863 70 genannten Einrichtungen an Träger der freien Jugendhilfe (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	2.600.000	- 200.000	2.400.000
TGr 81	Förderung der Betriebskosten von Kindergärten nach den Vorschriften des Kindergartengesetzes <u>Änderung Haushaltsvermerke:</u> 3. Die Ausgaben sind in Höhe von 10.000.000 DM gegenseitig deckungsfähig mit den Aus- gaben der Titel 643 82 und 671 82.			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

MM V 10 / 2415

B/10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) TGr 82	Förderung der Betriebskosten von anderen Tages- einrichtungen für Kinder und der Investitions- kosten von Kindergärten und anderen Tagesein- richtungen für Kinder (Haushaltsvermerke unverändert)			
893 82	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe zu den Bau- und Einrichtungskosten gem. §§ 10 und 16 KGG und für andere Tageseinrichtungen für Kinder (Haushaltsvermerke unverändert)	35.000.000	+ 10.500.000	45.500.000
07 060	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 50.000.000 + 4.900.000 = <u>54.900.000</u> <u>Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge</u>			
684 15	Zuschüsse für das "Haus des Deutschen Ostens" <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 420.000 + 20.000 = <u>440.000</u>	1.377.000	+ 90.000	1.467.000

MMV10/2415

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 060)	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> In der Stellenübersicht bei der institutionel- len Förderung sind folgende Stellen auszubrin- gen: 1 <u>Stelle der Verg.Gr. III/IV a BAT</u> (KW zum 01.01.1994)			
07 080	<u>1 Stelle der Verg.Gr. VI b/VII BAT</u> (KW zum 01.08.1990)			
TGr 64	<u>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</u> <u>Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS)</u> (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 64	<u>Zuschüsse an freie Träger</u> (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	6.010.000	+ 500.000	6.510.000
TGr 71	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 7: Youth Worker-Programm</u> 500.000 <u>Bekämpfung der Suchtgefahren</u> (Haushaltsvermerke unverändert)			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

MMV10/2415

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 080) 531 71	<p>Öffentlichkeitsarbeit</p> <p><u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 0 + 1.000.000 = <u>1.000.000</u></p> <p><u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 6: Niedrigschwellige Angebote</u></p> <p><u>UT 8: Sonstiges (Öffentlichkeitsarbeit, Dro- gentelefone, Zeitschrift "Inforum" u.a.)</u> 50.000 + 1.500.000 = <u>1.550.000</u></p>	50.000	+ 1.500.000	1.550.000
TGr 73	<p>Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Ret- tungsdienst an Gemeinden (GV)</p> <p>(Haushaltsvermerke unverändert)</p>	10.620.000	- 450.000	10.170.000
653 73	<p>Betriebskosten für Einrichtungen des Rettungs- dienstes</p>			
07 310	<p><u>Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf</u></p>			
681 00	<p>Unfallentschädigung</p> <p>(Haushaltsvermerke unverändert)</p>	36.000.000	- 200.000	35.800.000

MM V 10 / 2415

B/13

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
07 430	<u>Staatsbad Oeynhausen</u>			
684 00	<p>Zuschuß zu den Betriebskosten der Krankenhaus- betriebsgesellschaft Bad Oeynhausen GmbH (Herz- zentrum NW)</p> <p><u>Die Erläuterungen werden wie folgt gefaßt:</u></p> <p><u>Vorgesehen ist die Übernahme der von den Pfl-</u> <u>gesätzen nicht gedeckten Personal- und Sachko-</u> <u>sten im Rahmen des Kooperationsvertrages zwi-</u> <u>schen der Ruhr-Universität Bochum und der Kran-</u> <u>kenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen GmbH.</u></p>	750.000	---	750.000

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

MM V 10 / 2415

B/14

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050)	Änderungen des 40. Landesjugendplans (Beilage 3 zu Einzelplan 07)			
I 3b	I BILDUNGSAUFGABEN Bildungsarbeit im Rahmen der jugendpflegeri- schen Betreuung junger Soldaten und Zivil- dienstleistender	221.900	+ 30.000	251.900
I 5	Förderung des Dachverbandes der Landesschüler- presse	30.000	+ 15.000	45.000
I 10a	Internationale Jugendbegegnungen im Rahmen der Jugendarbeit <u>Änderung der Erläuterungen:</u> Der Mehrbetrag dient der Förderung des deutsch- polnischen Jugendaustausches.	575.000	+ 425.000	1.000.000
I 12b	Erprobung zukunftsweisender Initiativen	500.000	+ 500.000	1.000.000
V 6	V BAUPROGRAMME Jugendherbergen	2.150.000	+ 500.000	2.650.000

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050)	VI PLANUNGS- UND LEITUNGSAUFGABEN			
VI 6	Arbeitsgemeinschaften für die jugendpflegerische Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender	63.000	+ 10.000	73.000

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	<u>Abschluß Einzelplan 07</u>			
	Gesamteinnahmen	856.018.800	--	856.018.800
	Gesamtausgaben	5.302.237.400	+ 20.111.200	5.322.348.600
	Verpflichtungsermächtigungen	1.220.021.000	+ 6.990.000	1.227.011.000